

Beschlüsse der 25. Beiratssitzung
vom 02.11.2021

*

Tagesordnungspunkt:

Nutzungsänderung des Übergangwohnheimes Am Rastplatz in ein dauerhaftes Wohngebäude

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum lehnt den vorliegenden Antrag auf Nutzungsänderung für ein dauerhaftes Wohnen ab.

Begründung:

Bereits in seiner Stellungnahme zum Bauantrag in 2016 bestand mehrheitlich die Auffassung (Beschluss des Sprecherausschusses vom 23.03.2016), dass durch die Errichtung der Gebäude und der zugrundeliegenden Investitionskosten eine ergebnisoffene Bauleitplanung zur Nutzung des Geländes nach der befristeten Inanspruchnahme als Übergangwohnheim nicht mehr gegeben ist.

Dem Beirat ist durchaus bewusst, dass eine Nachnutzung der Gebäude in der jetzigen Zeit erste Priorität bei den Fachressorts hat. Die beantragte Nutzungsänderung in ein dauerhaftes Wohngebäude mit den bestehenden 80 Wohneinheiten lässt allerdings nicht erkennen, dass an einer dauerhaften und rechtssicheren Reduzierung auf rund 100 Personen festgehalten wird.

Ferner sieht der Beirat in dem jetzigen Antrag auf eine unbefristete Nachnutzung auch eine Vorfestlegung auf das zukünftige Nutzungskonzept, welches mit dem Beirat eigentlich zunächst abgestimmt werden sollte.

Tagesordnungspunkt:

Einstellung von Bebauungsplanverfahren in Burglesum

Beschluss: (13 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Der Beirat Burglesum begrüßt, dass der Bebauungsplan 1277 durch das Bauamt Bremen-Nord zeitnah zum Abschluss gebracht werden soll und das Verfahren nicht eingestellt wird.

Für den Bebauungsplan 1272 empfiehlt das Bauamt Bremen-Nord als Alternative eine Erhaltungssatzung. Diese ist unter Einbindung der betroffenen Eigentümer*innen zu erstellen.

Nach nochmaliger Beratung stimmt der Beirat einer Einstellung der Verfahren zu den Bebauungsplänen 972, 1233 und 1235 zu. In diesem Zusammenhang begrüßt er die Zusage des Bauamtes Bremen-Nord bei zukünftigen Entwicklungen in diesen Gebieten, die nicht im Sinne der Stadtteilentwicklung und der Kommunalpolitik sind, die Instrumente einer Bauleitplanung umfangreich auszuschöpfen und ggf. erneute Planaufstellungsbeschlüsse zu erwirken.

Die aktuell geführte Diskussion über die Einstellung von Bebauungsplanverfahren unterstreicht deutlich die fehlenden Personalressourcen im Bauamt Bremen-Nord, um solche Verfahren in der gebotenen Zügigkeit abzuschließen. Der Beirat erwartet daher von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eine personelle Stärkung des Bauamtes Bremen-Nord, wie es im derzeitigen Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Tagesordnungspunkt:

Einrichtung einer Schulstraße in der Richthofenstraße

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum fordert die SKB und SKUMS auf, die Überprüfung und bei Eignung die Einführung einer Schulstraße zur dringend notwendigen Sicherung des Schulweges in der Richthofenstraße durchzuführen. Die Auswirkungen auf die Nebenstraßen sind hierbei mit zu betrachten.

Tagesordnungspunkt:

Beschlussfassung über die Terminierung der nächsten Wahl zum Kinder- und Jugendbeirat Burglesum

Beschluss: (14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Beirat Burglesum beschließt die Wahl zum Kinder- und Jugendbeirat in das nächste Jahr zu verschieben. Er entspricht damit dem Wunsch des Kinder- und Jugendbeirates, die Wahl möglichst digital in der ersten Jahreshälfte in 2022 durchzuführen.

Die Wahlperiode für den amtierenden Kinder- und Jugendbeirat verlängert sich entsprechend.

Begründung:

Der Kinder- und Jugendbeirat hat sich nach Beratung mit der Ortsamtsleitung dafür ausgesprochen, die für Dezember 2021 vorgesehene Wahl in die erste Jahreshälfte von 2022 zu verschieben.

Aufgrund der immer noch bestehenden Corona-Pandemie ist es derzeit sehr schwierig größere Informationsveranstaltungen in Schulen und Jugendeinrichtungen durchzuführen, um für Kandidaturen und für eine hohe Wahlbeteiligung zu werben.

Darüber hinaus könnte die Wahl zum Kinder- und Jugendbeirat Burglesum als Pilotprojekt für ein Online-Tool durchgeführt werden, welches gerade für die Jugendbeiräte in Bremen entwickelt wird.

Die Kosten für die Durchführung der Wahl müssten in diesem Fall nicht von dem Kinder- und Jugendbeirat Burglesum übernommen werden. Entsprechend stünden mehr Mittel für Projekte im Stadtteil zur Verfügung.

Tagesordnungspunkt:

Dringlichkeitsantrag zum Budget zur offenen Jugendarbeit

Beschluss: (einstimmig)

Die offene Jugendarbeit in Burglesum erhält nicht die ihr aufgrund der Neuberechnung der Sozialindikatoren zustehende Finanzierung. Die Planung über die nächsten Jahre erst langsam die Mittel zu erhöhen, wird als eindeutige Benachteiligung der Jugendlichen im Stadtteil abgelehnt.

Die Vertreter des Beirates Burglesum im Controllingausschuss werden beauftragt in der Sitzung am 22.11.2021, auf die zustehende Erhöhung der Fördergelder zu bestehen und die Zuweisung bei den zuständigen Stellen bereits ab 2022 beginnend vollumfänglich einzufordern.

Da alle drei Beiratsgebiete in Bremen Nord durch die geringeren Fördermittel benachteiligt werden, wird ebenfalls eine weitergehende Befassung im nächsten Regionalausschuss vorgeschlagen.